

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 24. Juni 2020

§ 275

Interpellation SVP-Fraktion «Umsetzung der Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) im Kanton Glarus»

(Bericht Regierungsrat, 2.6.2020)

Toni Gisler, Linthal, Unterzeichner, bedankt sich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. – Die SVP-Fraktion ist von der sehr knappen Antwort enttäuscht. Gerade in der aktuellen, wirtschaftlich schwierigen Situation wurde eine umfassendere Antwort erwartet. Die SVP-Fraktion hat unmissverständlich nach dem Fahrplan für das weitere Vorgehen gefragt. Zurück kam nicht allzu viel. Das Zögern des Regierungsrates erstaunt noch mehr, wenn man bedenkt, dass das eidgenössische Parlament vor Jahresfrist, im Juni 2019, dem Anliegen der Wirtschaftsverbände einstimmig gefolgt ist. Auch das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen beschloss an einer ausserordentlichen Plenarversammlung im November 2019 die revidierte interkantonale Vereinbarung. Diese Entscheide sind als starkes Zeichen in Richtung der Kantone einzuordnen: Auf Stufe Kanton, aber auch auf Stufe Gemeinde sollen die entsprechenden Anpassungen an die Hand genommen werden. Die SVP-Fraktion verlangt vom Regierungsrat eine rasche und klare Kommunikation betreffend den weiteren Fahrplan für den Beitritt zum Konkordat. Eine solche Kommunikation hat die SVP-Fraktion eigentlich in Form der Interpellationsantwort erwartet. – Der Kanton könnte abschliessend und eigenständig über das kantonale Gesetzgebungsverfahren den Beitritt zum Konkordat in die Wege leiten und so die revidierte interkantonale Vereinbarung in das kantonale Recht übernehmen. Für die SVP-Fraktion ist es wichtig, dass während des bevorstehenden Gesetzgebungsprozesses ein grosses Augenmerk auf den vom Bundesparlament gewünschten Schritt zu mehr Nachhaltigkeits- und Qualitätswettbewerb gelegt wird. Das Ziel ist ein Paradigmenwechsel vom Preis- zum Qualitätswettbewerb. Es soll nicht nur der Preis, sondern die Gesamtqualität des Angebots berücksichtigt werden. Über Jahre hinweg hat der Regierungsrat gegenüber dem Landrat und der Wirtschaft kommuniziert, dass ihm da die Hände gebunden seien. Jetzt könnte man endlich auf den fahrenden Zug aufspringen; und der Regierungsrat lässt ihn vorbeifahren. Die SVP-Fraktion versteht das nicht. Sie wird die weiteren Schritte des Regierungsrates in dieser Sache genau verfolgen und nötigenfalls mit weiteren Vorstössen den Druck in den kommenden Wochen erhöhen.